

## **Zuerst die Menschen, dann der Profit: Zur Mitverantwortung der EU für den Hunger in der Welt**

### **1. Kampf gegen Armut, Hunger, Unterernährung, Unterentwicklung in der Welt als Punkt 1 auf die Tagesordnung setzen!**

Ernährungsunsicherheit gefährdet das Erreichen der MDG, vor allem im südlich der Sahara gelegenen Afrika und in den am wenigsten entwickelten Ländern. Auf dem Millennium-Gipfel im vergangenen September wurden die Fortschritte, die im Kampf gegen Hunger völlig unzureichend sind.

Laut FAO wird die Zahl der Hungernden 2010 auf 925 Millionen geschätzt. Das ist zwar weniger als 2009, als die Zahl der Hungernden 1023 betrug, aber immer noch mehr als vor dem Peak der Ernährungskrise 2008.

Vieles spricht zudem dafür, dass in diesem Jahr die 1Milliarden-Grenze wieder überschritten wird.

Neue Herausforderungen, darunter die wachsende Bedrohung durch Spekulationen mit Nahrungsmitteln, der Klimawandel, der weltweite Aufkauf von Land und Agrarflächen, Biokraftstoffe, der Verlust der biologischen Vielfalt, die Bodenverarmung und Wasserknappheit, haben massiv dazu beigetragen, die Ernährungsunsicherheit weiter zu verschärfen.

Die europäischen Institutionen haben ebenso wenig wie die Mitgliedstaaten die Ausmerzung von Armut, Hunger und Unterernährung als obersten Punkt auf ihre Agenda gesetzt oder als mittel- und langfristiges Ziel in ihre Strategien aufgenommen - trotz ihrer Zusagen in Bezug auf die Umsetzung der Menschenrechte auf Nahrung, Wasser, Energie usw.

Sie tragen deshalb Mitverantwortung für das Hungern in der Welt!

Um die MDG bis 2015 auch nur annähernd erreichen zu können, wäre es dringend geboten, alle EU-Strategien zu überarbeiten und ggf. zu korrigieren. Dazu gehören die EU 2020-Strategie, Global Europe, die EU-Energiestrategie, die EU-Nachhaltigkeitsstrategie oder auch die Entwicklungsstrategie der EU und selbstverständlich auch die Gemeinsame Agrarpolitik der EU.

### **2. Zum Bericht des EP zur Nahrungssicherheit / Nahrungshilfe**

Ich bin Berichterstatterin des Europaparlaments für Nahrungssicherheit und Nahrungshilfe in Notsituationen mit Blick auf die Entwicklungsländer. In dem Berichtsentwurf sind u.a. folgende Schwerpunkte thematisiert:

- das Recht auf Nahrung und gesunde Ernährung als Menschenrecht und ein auf dieser Basis beruhendes Konzept für eine nachhaltige kleinbäuerliche Landwirtschaft;

So fordern wir zu einer besseren Koordinierung europäischer und globaler Politiken auf, um besser gegen die eigentlichen Ursachen des Hungers und der Ernährungsunsicherheit vorzugehen und setzen ähnlich wie im Weltagrарbericht gefordert vor allem auf die Unterstützung der nachhaltigen kleinbäuerlichen Nahrungsmittelprogramme - sowohl hinsichtlich der Durchsetzung des Menschenrechts auf Nahrung und gesunde Ernährung als auch im Rahmen der Nahrungssoforthilfen.

- speziell setzen wir uns in dem Bericht mit den Preisschwankungen für Nahrungsmittel an den Weltmärkten auseinander und den notwendigen Maßnahmen zur Regulierung des Handels mit Agrarrohstoffen.

Wir unterstützen dabei insbesondere auch die Vorschläge des UN-Sonderberichterstatters Olivier de Schutter zur Begrenzung des Einflusses von Großinvestoren auf die Rohstoffpreisindizes.

Eine breite Rolle spielen die Auswirkungen des massiven Landgrabblings in den letzten Jahren - das heißt, der riesige Aufkauf von Agrarflächen in den Entwicklungsländern durch Großkonzerne aus Indien, Saudi-Arabien, Brasilien, China oder auch Südkorea. Oftmals werden zehntausende von Familien vom aufgekauften Land vertrieben, verlieren ihre Existenzgrundlagen. Sie haben nicht die geringste Chance, in irgendeine Form des Wettbewerbs mit jenen Agrokonzernen zu treten, die damit die regionalen Märkte zerstören.

- Im Artikel 208 des Vertrages zur Arbeitsweise der EU wird die notwendige Kohärenz in der Entwicklungskooperation besonders hervorgehoben. Eine Forderung, um die gerade von EntwicklungspolitikerInnen lange gerungen wurde, die jetzt aber auch durchzusetzen ist. Das betrifft vor allem die Bereiche des internationalen Handels, der Energiepolitik, der Entwicklungspolitik selbst und natürlich der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU.

Deshalb bringen wir der Reform der GAP soviel Interesse entgegen - auch gerade mit dem Blick auf den Kampf gegen den Hunger in der Welt !

Diese und weitere Punkte, die in der Kürze der Zeit nicht benannt werden können, sind Bestandteil des jetzigen Entwurfs. Im Juli wird der Bericht im Ausschuss abgestimmt und steht dann wahrscheinlich im September in Strasbourg zur Abstimmung.

### **3. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU sollte dazu beitragen, das Menschenrecht auf Nahrung und gesunde Ernährung weltweit umzusetzen!**

Mit Blick auf die Gemeinsame Agrarpolitik der EU reichen uns die bisherigen Vorstellungen der Kommission einfach nicht aus, um die Verantwortung der EU für die Beseitigung des Hungers in der Welt ehrlich anzunehmen.

Umso mehr bin ich in diesem Zusammenhang befremdet von Vorstellungen, dass der Kampf gegen den Hunger angesichts der zur erwartenden Bevölkerungsentwicklung auf 9 Milliarden bis 2050 nur erfolgreich sein könne,

wenn die großen Industrieländer die Versorgung der Weltbevölkerung selbst übernehmen würden.

Was ja nichts anderes heißt, dass auf die Entwicklung regionaler Agrar- und Verarbeitungsstrukturen, einer in sich geschlossenen Nahrungsmittelkette, den Ausbau regionaler Märkte und einer souveränen Entscheidungsmöglichkeit über die Nahrungsproduktion in den Regionen der Entwicklungsländern von vorne herein verzichtet werden soll.

Grundsätzlich kritisiere ich, dass die bisherigen Vorstellungen zur Reform der GAP eine entscheidende Option ausblenden, die folgende Ziele in den Vordergrund stellen sollte:

- Zugang zu gesunder Ernährung für alle
- stabile und gerechte Einkommen für die Bauern
- ökologische und nachhaltige Produktionsformen
- sinkende CO<sub>2</sub>-Emissionen (greenhouse gases), Maßnahmen zur Minderung der Erderwärmung und sinkender Verbrauch von fossilen Energieträgern
- ein Ende der Zerstörung der regionalen Märkte für lokale Produzenten im globalen Süden durch die Dumpingpolitik

Diese im Konzept der Reform der GAP fehlende Option stellt den Menschen in den Vordergrund und nicht den Profit, die Solidarität vor die Konkurrenz- und Wettbewerbsfähigkeit! Deshalb sollten wir als Linke die Aufnahme dieser Option in die Reform der GAP fordern! Letztendlich heißt das auch nichts anderes als die Rolle der EU als Exporteur von Agrarprodukten auf den Weltmärkten neu zu diskutieren.

Das strategische Ziel, das in die GAP-Reform aufzunehmen wäre, muss darauf zielen, die Entwicklungsländer darin zu unterstützen, sich selbst zu ernähren (feed themselves). Das wäre eine Abkehr von der Illusion, dass die reichen Industrieländer die Welt ernähren sollten (feed the world);

Die FAO schätzt ein, dass der Nahrungsbedarf bis 2050 um 70% steigt. Das Problem der globalen Nahrungssicherheit kann nicht einfach auf die Frage der Versorgung oder Produktion reduziert werden.

Es geht nicht nur darum, wieviel produziert wird, sondern auch wer produziert, für wen, zu welchem Preis und wie die Gewinne innerhalb der gesamten Nahrungsmittelkette verteilt werden.

Die Reform der GAP sollte auf einer detaillierten Analyse der weltweiten Ernährungskrise fußen. Sie sollte auch die konkrete Situation der Entwicklungsländer und ihrer Bedürfnisse aufnehmen. Diese Länder stehen größtenteils unter dem Druck kurzfristiger Ziele wie dem Import billiger Nahrungsmittel zur Versorgung der lokalen Märkte und der lokalen Bevölkerung, die größtenteils in extremer Armut lebt und die kaum oder gar keine Lebensmittel kaufen können.

Andererseits wollen sie langfristig natürlich die Abhängigkeit von den internationalen Märkten - ganz besonders angesichts der Preisschwankungen

für Agrarrohstoffe und Nahrungsmittel und den Folgen des Klimawandels generell für die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern.

Es werden Hilfen für die Kleinbauern benötigt, ihre Produktivität zu verbessern und ihnen den Zugang zu den lokalen Märkten zu ermöglichen, sie andererseits auch vor den negativen Auswirkungen billiger, importierter Nahrungsmittel auf den Märkten zu schützen. Kleinbauern können so nicht nur zu einem höheren Einkommen gelangen, auch andere Wirtschaftsbereiche würden davon profitieren.

Wachsende Einkommen steigern die Nachfrage nach lokal gehandelten Gütern und Dienstleistungen, sie würden auch die Herausbildung eines zweiten und dritten Sektors ermöglichen.

Für diesen Übergang zur Re-Lokalisierung der Nahrungsmittelkette wird die konkrete Unterstützung der EU benötigt.

Wir fordern die EU auf, die Unterstützung der Landwirtschaft in ihren Entwicklungshilfeprogrammen zu verstärken und die Kapazitäten für die Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in den Entwicklungsländern zu unterstützen.

Die EU ist der weltweit größte Exporteur von landwirtschaftlichen Produkten, mit einem Weltmarktanteil von 17 Prozent. Der Anteil von landwirtschaftlichen Produkten und Nahrungsmitteln an den Gesamtexporten der EU beläuft sich dabei auf ca. 7 Prozent. Gleichzeitig nimmt die EU auch den ersten Platz ein, wenn es um Importe landwirtschaftlicher Waren geht.

Ungefähr 20 Prozent der weltweiten Agrarimporte finden ihren Weg in die EU. Schon deshalb steht die EU vor der Herausforderung, die Folgen der weltweiten Nahrungskrise, an deren Zuspitzung sie durchaus nicht unerhebliche Mitverantwortung trägt, nicht auf die Ärmsten der Armen, die Hungernden und Unterernährten abzuwälzen!

Der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung Olivier de Schutter geht davon aus, dass jedes Individuum, alleine oder in Kooperation mit anderen, entweder über die Mittel verfügen muss, um für sich genug Essen herzustellen.

Oder genug Geld haben muss, um sich ausreichend Nahrung zu kaufen. Nur so lässt sich das Menschenrecht auf Nahrung umsetzen.

Anstatt aber einfach auf eine gesteigerte Produktion zu setzen, sollte man darüber nachdenken, dass jährlich schätzungsweise ein Drittel der weltweit produzierten Nahrungsmittel weggeworfen wird und verdirbt. (food waste)

Außerdem wird fast die Hälfte der weltweiten Getreideproduktion zur Fütterung von Tieren verwendet wird, um Fleisch zu produzieren. Tendenz steigend. Man könnte darüber sprechen, ob wir nicht besser unsere Ernährungsgewohnheiten ändern sollten...

Seit den 80er Jahren bis Mitte 2000 wurden die Weltmärkte durch hoch subventionierte Agrarprodukte der Industrieländer überschwemmt und die Weltmarktpreise stürzten ab. Die Entwicklungsländer konnten nicht konkurrieren und gerieten in eine Abhängigkeit von billigen Nahrungsmitteln, um ihre Bevölkerungen zu ernähren. Die meisten importieren heute mehr Nahrungsmittel als sie selbst produzieren.

Gleichzeitig ist es aber langfristig nötig, eigene landwirtschaftliche Produktionskapazitäten aufzubauen, um Arbeit und Einkommen für die ländliche Bevölkerung zu schaffen und nicht von schwankenden Weltmarktpreisen abhängig zu sein. Deshalb müsste verstärkt in die Landwirtschaft dieser Länder investiert werden. Infrastrukturen, wie Lagerungs- und Weiterverarbeitungskapazitäten, werden gebraucht, um insbesondere Kleinbäuerinnen und Kleinbauern an lokale Märkte anzubinden. Stattdessen werden Billigprodukte auf afrikanische Märkte "gedumpte" und die einheimische Produktion zerstört.

Man muss sich das konkret vorstellen: alle internationalen Institutionen erkennen an, dass Hunger, Unterernährung und schlechte Ernährung als globale Herausforderung zu begreifen sind und als eine der größten Menschheitsgeißeln zu begreifen sind.

Logisch wäre, dass der Kampf gegen Hunger direkt mit den Fragen der Entwicklung der Landwirtschaft gerade in den Entwicklungsländer verbunden werden, zumal die meisten Hungernden in der Welt nicht etwa in den Slums der Metropolen zu finden sind, sondern Klein- und Kleinstbauern abseits der Industriemetropolen in den Dörfern leben.

Umso absurder erscheint es, dass die anteiligen Gelder für die Landwirtschaftliche Entwicklung der Öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) in den vergangenen 10 Jahren drastisch gesunken sind.

Erst in den letzten Jahren ist ein allmählicher Anstieg zu beobachten, der aber weit unter den eigentlichen Erfordernissen liegt.

Aus diesem Grund müssen jegliche Exportsubventionen für europäische Agrarprodukte abgeschafft werden.

Außerdem müssen Entwicklungsländer zumindest zeitweise Importzölle auf EU-Agrarprodukte erheben dürfen, um ihre Produzenten besser zu schützen und Mittel für weitere Investitionen in die eigene Landwirtschaft zu erhalten.

Die von der EU vorangetriebene Handelsliberalisierung für landwirtschaftliche Produkte steht dazu im krassen Gegensatz.

Auch die Auslagerung der Agrarproduktion in Drittländer, also die Rolle der EU als Importeur von landwirtschaftlichen Produkten, hat negative Auswirkungen.

Große Handelsunternehmen und internationale Agrarunternehmen können so die Konkurrenzsituation zwischen europäischen Produzenten und Produzenten aus Drittstaaten ausnutzen, um ihre Gewinne zu maximieren.

Zusätzlich wird die Konkurrenz um natürliche Ressourcen in Entwicklungsländern verstärkt.

Denn Kleinbäuerinnen und Kleinbauern streiten nun mit Großbauern, die für den Weltmarkt produzieren, um Wasser und fruchtbares Land.

Dabei muss man sich den typischen Kleinbauern in Afrika als ältere Bäuerin mit der Hacke in der Hand vorstellen, die nicht die geringste Chance hat, auf dem Markt wettbewerbsfähig zu sein. Die Gewinner stehen meist vorher fest. Schließlich werden Entwicklungsländer darin bestärkt, nicht weiterverarbeitete Agrarprodukte für den Weltmarkt herzustellen.

Davon profitiert aber nicht die Masse der Landbevölkerung. Kein Wunder also, dass mehr als 70% der Farmerinnen und Farmer in den

Entwicklungsländern weder in der Lage sind, sich selbst und ihre Familien zu ernähren, noch für die regionale Versorgung einen Beitrag zu leisten!

Ein gutes Beispiel für die Problematik ist die europäische Abhängigkeit von Proteinfutterimporten, speziell von Soja.

Die europäische Milch- und Fleischproduktion braucht das energiereiche Sojafutter, das hauptsächlich in Brasilien und Argentinien angebaut wird.

2008 wurden 45 Millionen Tonnen davon in die EU eingeführt. Berechnungen ergeben, dass ca. 20 Millionen Hektar Land außerhalb der EU dafür nötig ist.

Diese Fläche entspricht ungefähr 10 Prozent des gesamten fruchtbaren Landes in der EU.

Die niedrigen Zölle halten europäische Bauern davon ab, selbst "Proteinpflanzen" herzustellen.

Ebenso steht die steigende Produktion von Biokraftstoffen, von der EU subventioniert, der Beseitigung von Armut und Hunger entgegen.

Die EU-Energiestrategie verfolgt das Ziel, bis zu 20 Prozent der im Verkehrssektor genutzten Kraftstoffe aus Agrarrohstoffen herzustellen.

Die Folge dieser Politik: die weltweiten Nutzflächen werden nun für Lebensmittel *und* Biosprit gebraucht.

Die Konkurrenz um die Nutzflächen lässt die Preise steigen, die Ärmsten verlieren wieder.

Zusätzlich kommt es zu großangelegten Landaneignungen in Entwicklungsländern.

Große Agrarflächen werden von transnationalen Unternehmen gekauft oder gepachtet. Kleinbauern verlieren ihre Existenzgrundlage.

Als Berichterstatterin des EP für Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern fordere ich für die Reform der GAP, dass das Ziel der Politikkohärenz für Entwicklung an oberster Stelle stehen muss.

Dafür müssen die Auswirkungen der GAP auf Entwicklungsländer einer ständigen Überprüfung unterliegen und die Handelspolitik der EU muss mit Politiken in Einklang gebracht werden, die das Menschenrecht auf Nahrung und Ernährungssouveränität umsetzen wollen.

Solange die bestehenden Subventionsstrukturen aufrechterhalten werden, wird nur die Macht der großen internationalen Agrarunternehmen verstärkt. Der Hunger wird bleiben...